

12. Mai 2009 bis 25. Mai 2009

Nach der Eintragung in das Handelsregister ist die Verschmelzung der **Dresdner Bank AG**, Frankfurt am Main, auf die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, vollzogen. Damit hat die Commerzbank die Gesamtrechtsnachfolge der Dresdner Bank angetreten. Mit der Verschmelzung wird der Markenauftritt der Dresdner Bank um den Zusatz „Eine Marke der Commerzbank AG“ ergänzt. Nach der für Ende 2010 vorgesehenen Integration der EDV-Systeme sollen die Filialnetze beider Institute unter der einheitlichen Marke Commerzbank zusammengeführt werden.

Nach dem Ausstieg zweier arabischer Investoren soll eine Beteiligungsgesellschaft des Bankiers Friedrich von Metzler bei der niederländischen Leaseplan mit 50 Prozent der Anteile neuer Gesellschafter werden. Der Mehrmarken-Flottenmanager gehört zu weiteren 50 Prozent der Braunschweiger Volkswagen Bank. Abgewickelt wurde die Transaktion, deren Volumen auf 1,3 Milliarden Euro beziffert wird und die noch unter dem Vorbehalt der notwendigen behördlichen Genehmigungen steht, über die speziell gegründete Zweckgesellschaft Fleet Investments. Finanziert wurde sie über ein Darlehen des **Bankhauses Metzler**, Frankfurt am Main.

Der mehrheitlich zur **Hypovereinsbank (HVB)** gehörende Onlinebroker **DAB Bank AG**, München, veräußert seine Internet-Fondsplattform **Fonds Service Bank (FSB)** an die **Fondsdepot Bank**, Hof. Der wirtschaftliche Gegenwert dieser Transaktion, die noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der verantwortlichen Kartellbehörde steht und spätestens bis zum zweiten Quartal 2010 abgeschlossen sein soll, wird auf 21,4 Millionen Euro beziffert.

Teile des Wertpapierleihe-Geschäfts der von der **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, übernommenen **Dresdner Bank AG**, Frankfurt am Main, übernimmt die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main. Eine entsprechende Vereinbarung sei Mitte Mai dieses Jahres unterzeichnet worden, teilten die Institute mit. Die Transaktion, zu der keine finanziellen Details veröffentlicht wurden, soll vorbehaltlich der Zustimmung der kartell- und aufsichtsrechtlichen Behörden im vierten Quartal dieses Jahres abgeschlossen werden.

Ein Bad-Bank-Modell hat das **Bundeskaubinett**, Berlin, verabschiedet. Demnach

sollen angeschlagene Institute toxische Wertpapiere in außerbilanzielle Zweckgesellschaften auslagern können. Im Rahmen der Bilanzbereinigung wird ein Finanzierungsvolumen von bis zu 190 Milliarden Euro erwartet. Diese sollen vom **Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)** getragen werden (siehe auch Gespräch des Tages in diesem Heft). Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens ist noch für diese Legislaturperiode vorgesehen.

Nach dem dritten Quartalsverlust in Folge erhält der Finanzkonzern **KBC** weitere Garantien über 20 Milliarden Euro vom **belgischen Staat** und eine Eigenkapital-spritze über 1,5 Milliarden Euro. Es ist die dritte Stützungsmaßnahme, die das Institut in Anspruch nimmt. Die neuen Garantien betreffen strukturierte Produkte (CDO), deren bestehende Absicherung über den angeschlagenen US-Monoliner **MBIA** in Frage steht.

Den 4,923 Prozent-Anteil am Stammkapital der **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)**, Stuttgart, hat der **Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW)**, Stuttgart, vom **Sparkassenverband Rheinland-Pfalz**, Mainz, übernommen. Der Kaufpreis wird auf 175 Millionen Euro beziffert. Damit erhöht sich der Anteil des SVBW auf 40,534 Prozent, das **Land Baden-Württemberg** (35,611 Prozent) hält zusammen mit der landeseigenen Karlsruher **L-Bank** (4,923 Prozent) ebenfalls 40,534 Prozent. Außerdem hat die Verbandsversammlung der Sparkassen in Baden-Württemberg den Weg für die geplante Stammkapitalerhöhung der Landesbank Baden-Württemberg freigemacht. Ein entsprechender Vorbehalt im Beschluss vom 16. März dieses Jahres wurde aufgehoben.

Die **Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam (MBS)** übernimmt 100 Prozent der Anteile an der Berliner **Weberbank AG**. Darauf haben sich die MBS und die **WestLB AG**, Düsseldorf, als Verkäufer der Privatbank unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Behörden geeinigt. Der entsprechende Kaufvertrag wurde am 14. Mai 2009 von beiden Seiten unterzeichnet.

Die erste Hälfte ihres Anteils an der **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, hat die **Deutsche Post AG**, Bonn, Mitte Mai dieses Jahres verkauft. Sie hält damit noch vier Prozent an dem Geldhaus. Der Verkauf von 25 Millionen Anteilscheinen habe zu einem zusätzlichen Mittelzufluss von 100 Millionen Euro gegenüber dem ursprünglich vereinbarten, nicht bezifferten Preis für ihre Tochter **Deutsche Postbank AG** geführt, heißt es von der Post.

Die Hauptversammlung der **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, hat Mitte Mai dieses Jahres beschlossen, das Grundkapital der Bank durch Ausgabe von rund 295 Millionen neuen Aktien im Nennbetrag von je 2,60 Euro auf insgesamt rund 1 181 Millionen Aktien zu erhöhen. Die neuen Aktien werden zum Preis von 6 Euro je Aktie ausgegeben und vom **Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)** zum Ausgabepreis übernommen. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen.

Ihr Kernkapital hat die **DZ Bank AG**, Frankfurt am Main, um 500 Millionen Euro gestärkt. Eine dazu im April dieses Jahres emittierte Tier-1-Anleihe wurde bei genossenschaftlichen Banken und Verbundunternehmen voll platziert.

Gespräche zum Verkauf ihres institutionellen Asset-Management-Geschäfts hat die britische Großbank **Barclays** bestätigt. Zur unter dem Namen **Barclays Global Investors** firmierenden Sparte gehört auch die Einheit **iShares**. Deren angekündigter Verkauf für 4,4 Milliarden US-Dollar an die britische Private-Equity-Gesellschaft CVC Capital Partners steht damit in Frage. Der Finanzinvestor würde dann mit einer sogenannten „Break-Fee“ in Höhe von 175 Millionen britischer Pfund entschädigt, die bei einer Kündigungsfrist bis zum 18. Juni dieses Jahres vereinbart worden war.

Ende Mai 2009 haben die Verbandsversammlungen des **Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands (RSGV)**, Düsseldorf, und des **Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbands (WLSGV)**, Münster, beschlossen, dass die beiden Verbände Verhandlungen mit dem Ziel eines Zusammenschlusses aufnehmen. Damit wird der im neuen Sparkassengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen formulierten Vorgabe des Gesetzgebers entsprochen, die eine Fusion beider Verbände bis zum 31. Dezember 2012 vorsieht.